

# Arbeiterstimme

Zugabezeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Dienstag, 14. Juli 1925

Nummer 77

## Die Hauptsache sind fette Dividenden

Berg- und Rentner können verhungern — Die Kriegsbeschädigten gehen leer aus

Berlin, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Montag legte der Reichstag die Einzelberatung des Aufwertungsgesetzes fort. Bei Beginn waren 19 Abgeordnete anwesend, zeitweilig noch weniger. Insbesondere fehlten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Keine der Regierungsparteien ergriff während der Einzelberatung das Wort. Die Diskussion wurde von dem Abgeordneten Best, von den Sozialdemokraten und von dem Kommissar des Reichstages, der Regierung und ihre Parteien haben den Kompromiß fertig und werden es annehmen. In dem Bestreben, den Aufwertungsbeitrag recht schnell unter Dach und Fach zu bringen, versuchte der deutschnationale Reichspräsident, den Oppositionsrednern die Redezeit zu beschneiden. Aber dieser Plan wurde durch einen Vortrag der Kommunisten vereitelt.

Bei der Beratung des § 25, der vorschreibt, daß Zahlungen an die Hypothekengläubiger auf Grund der Aufwertung nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden können, sprach Genosse Korsch. Er wies darauf hin, daß bereits fällige Hypotheken bzw. solche, die in den nächsten Jahren fällig werden, erst vom Jahre 1932 ab rückzahlbar sind. Es wird aber so kommen, daß dieser Termin zwischen der Schuldner noch weiter verschoben wird, denn wenn der Eigentümer irgendwelche Gründe angibt, so kann die Rückzahlung bis 1938 verschoben werden, ohne daß der Gläubiger einen Pfennig Zinsen erhält. Auf dem freien Markt würde der Hypothekenspekulator vielleicht 15 Prozent bekommen, nach der jetzigen Regelung bekommt er 12 Prozent (Zurück rechts: Die Renten sind heute auch nicht so hoch). Genosse Korsch antwortet: Gerade durch die Aufwertungsbestimmungen, die Sie geschaffen haben, werden die Renten bald ein mehrfaches der Friedensmiete betragen; durch Ihre neuen Anträge im Ausschuß bekommen die Hausbesitzer bereits mehr als 100 Prozent. Untere Anträge dagegen, die die Mieten niedrig halten wollen, sind abgelehnt worden. Noch ehe der Hausbesitzer an den armen Gläubiger einen Pfennig zahlt, ermöglichen Sie ihm, unendlich hohe Mieten zu erheben. Das Aufwertungsgesetz ist in jeder Beziehung ein weiteres Mittel zur Bereicherung der Reichen auf Kosten der armen Bevölkerung. Genosse Korsch verpflichtet dann die Verzinsungsbestimmungen der Hypothekenvorlage, durch die die angebliche 20-prozentige Aufwertung der Hypotheken zu einer nullprozentigen wird. Auch die §§ 26, 27 bis 29 werden vom Genossen Korsch bis ins kleinste zerlegt, und er weist nach, daß dadurch dem Gläubiger alles genommen und dem Schuldner alles geschenkt wird.

Bei der Beratung der Frage der Verzinsung der Hypothekenschulden weist Genosse Korsch auf den kommunistischen Antrag hin, der verhindern will, daß bei der Aufwertung von Hypotheken diese auf Kosten der Mieter durch Erhöhung der Mieten vorgenommen wird, und verlangt, daß bis zum 31. Dezember 1940 die Mieten nicht höher als 80 v. H. der Friedensmiete hinausgetrieben werden dürfen. Genosse Korsch nahm eingangs seiner Ausführungen gegen den Sozialdemokraten Ströbel Stellung, der vor ihm mit sehr radikalen Worten gegen die Aufwertung gesprochen hatte, denn im Ausschuß haben die Sozialdemokraten, trotzdem die Regierungsparteien darauf bestehen, daß bei einer Erhöhung der Zinsen auf den Zinsen, den die Sozialdemokraten forderten, Mieten-erhöhungen unvermeidlich seien, bei der Abstimmung über

den kommunistischen Antrag, der die Begrenzung der Mieten auf 80 v. H. festlegen wollte, mit den bürgerlichen Parteien dagegen gestimmt. Ja, im Ausschuß haben die Sozialdemokraten die Erhöhung der Miete als unvermeidlich zugestanden. Daran erkennt man, wie die Rede des Sozialdemokraten Ströbel zu bewerten ist. Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Aufwertungsbeiträge das Wenige, was sie den Gläubigern zu zahlen haben, auf Kosten der breiten Massen bezahlen.

Bei der Beratung der Paragrafen über die Industrieobligationen ergriff der Reichswirtschaftsminister Reusch das Wort und verteidigt die Industrie, von denen er behauptet, daß sie in der Zeit der Inflation sich nicht gesund gemacht hätten. Eine höhere Belastung der Industrie sei unmöglich. Wenn einer auch nur die geringste Ahnung von unserem Wirtschaftsleben hat, muß er wissen, daß die Industrie unter allen Umständen in die Lage versetzt werden muß, wieder Dividenden verteilen zu können. (Sehr richtig! rechts.) Dieser deutschnationale Minister proklamiert also offen die Parole: Laßt die verarmten Rentner verrotten, Hauptsache sind Dividenden für die Massen.

Genosse Korsch trat dem Minister auf das schärfste entgegen und verpflichtete die Regelung der Aufwertung der Industrieobligationen, bei der ganz kraß zum Ausdruck kommt, daß diese Regierung und ihre Parteien einschließlich des Zentrums nur die Interessen des Großkapitals vertreten. Hier wird der Versuch gemacht, die ausgeplünderten Obligationengläubiger zu verhöhnen. Am Schluß seiner Rede fordert Genosse Korsch die Rentner, Sparer und Mieter auf, gegen den Aufwertungsbeitrag und gegen die neuen Lasten Sturm zu laufen. Das ganze Gesetz verdient, der Wehrheit zusehender unter die Füße geworfen zu werden. Bei den Abstimmungen, von welchen mehrere namentlich waren, wurden alle Anträge der Kommunisten, u. a. zu § 8, § 13, § 30 abgelehnt; ebenfalls wurden von der Regierungsmehrheit die Anträge der Sozialdemokraten und Dr. Bests abgelehnt. Die Regierungsparteien hielten ihren Kompromißantrag aufrecht.

Nach den Abstimmungen wurde die Einzelberatung fortgesetzt mit dem Kapitel: Aufwertung von Pfandbriefen.

**Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß**  
des Reichstages beendete heute die erste Lesung des Entwurfes eines dritten Gesetzes zur Abänderung der Reichsversorgungsgesetze und anderer Versorgungsgesetze. Alle Anträge in bezug auf die Rente für die Kriegsbeschädigten, die über die Regierungsvorlage hinausgingen, wurden von den Regierungsparteien abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die Verwirklichung für Offiziere wesentlich herabschneidet. Statt den im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Sätzen von 240 RM., 720 RM., 168 RM. beschloßen die Regierungsparteien gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten 300 RM., 900 RM., 204 RM. zu zahlen.

Bezeichnend für die Haltung der Regierungsparteien ist es, daß sie für eine Erweiterung des Geschenkentwurfes bezüglich der Zulage für Offiziere eintraten, auf der anderen Seite jedoch den kommunistischen Antrag auf Verdoppelung der Abfindungssumme der bis zu 25 Prozent Beschädigten, von 50 auf 100 Mark, ablehnten.

Die zweite Lesung des Gesetzes beginnt Dienstag den 14. Juli.

## Die Niederhaltung der revolutionären Bewegung die Aufgabe der „Linken“

In der Auseinandersetzung ihrer Partei, waren die Linken bereit, die Einigkeit mit den Rechten sofort einzugehen. Als Äquivalent boten sie dem Parteivorstand eine starke Hege gegen die Kommunisten an. Praktisch kommt eine solche Stellungnahme natürlich der Unterwerfung unter die arbeitereindliche Politik des SPD-Parteivorstandes gleich. Aber das ist ja auch die Aufgabe dieser Linken, Erhaltung der Arbeit an die Partei, die die Interessen der Arbeiter Tag für Tag verrät. Anstelle eines gemeinsamen Kampfes mit den kommunistischen Arbeitern gegen Reaktion und Verrat, suchen die Linken Anschluß mit den Berräten als Schutztruppe der Reaktion gegen das Proletariat.

Das sie ihre Rolle so verstehen, zeigten die Ausführungen von Krug im Landtag. Aber auch schon auf dem Bezirksparteitag der SPD in Dresden unterstrich Krug diese Hauptaufgabe. Wie er im Landtag erklärte, sie, die Linken, haben die SPD. Scharfen vor den Kommunisten gerettet, so erklärte er auf dem Parteitag, die Kommunisten seien durch die Linken zurückgeworfen worden, man mühte die Kommunisten auch weiter bezwingen. Damit ist die Aufgabe der Linken von ihrem Vorhaben klar gezeichnet. Die Arbeiter wissen nun, was sie von den Linken zu halten haben.

Mit diesen „Linken“ kann der Parteivorstand zufrieden sein. Sie retteten ihm die Mitglieder. Ob die Arbeiter sich noch lange reifen lassen, daß mögen wir zu bejammern. Die Arbeiter werden diese „Linken“ allein lassen und zur SPD. kommen. Augenblicklich mögen die „Linken“ durch die Haltung ihrer Fraktionsmehrheit bei den Arbeitern nochmals gewonnen haben. Lang wird diese Freude nicht anhalten. Denn so wie jetzt zum ersten Male, werden die „Linken“ möglichst noch vor, höchstens auf dem Parteitag gezwungen sein, mit den Rechten zusammen zu gehen und Brüderlichkeit zu schließen.

Der Parteivorstand bereitet in seiner Erklärung dieses Zusammenführens der „Linken“ und Rechten schon vor. Er gibt keineswegs den Rechten die Schuld, sondern stellt in erster Linie fest:

„Kehler standen die Vertreter des Parteivorstandes bei ihrer Ankunft in Dresden am 7. Juli vor fertigen Tatsachen. Die Minderheit der Landtagsfraktion hatte bereits den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt, ohne vorher mit der Fraktionsmehrheit Fühlung genommen zu haben.“

Erst dann spricht der Parteivorstand von dem Verstoß der Rechten, der Fraktionsmehrheit. Das ist deutlich. Der Parteivorstand deckt nach wie vor die Rechten. Mögen die „Linken“ noch so oft zu Kreuze kriechen, mögen sie noch so viel schreien vor dem Vorstand, sie erhalten nichts wie die verdienten Fußtritte. Darüber hinweg hilft auch nicht, wenn die „Linken“ in der „Dr. L.“ schreien.

Bisher gab es noch eine kleine Zahl Genossen, die hinter ihnen (die 23 v. Red.) stand, weil sie vermuteten, daß die Leitung der Reichspartei die Haltung der Dreiundzwanzig im großen und ganzen billige. Das kann heute niemand mehr hoffen, und wer etwa den Reichsparteitag abwarten will, dem darf von vornherein gesagt werden, daß die lächerlichen Disziplinbrecher in Heidelberg hart abfahren werden.“

So scharf werden die Dreiundzwanzig nicht abfahren, im Gegenteil, die „Linken“ werden fischen. Die Dreiundzwanzig werden nicht abseits der SPD. stehen. Eher dürfte das den 16 anderen geschehen. Ja es wird sogar eine falsche Hoffnung sein, wenn die Linken nun dennoch auf eine Auflösung des Landtages spekulieren. Die Linken sind schon erledigt, sie werden auch von ihren Anhängern isoliert werden. Wer mit dem Parteivorstand der SPD. geht, muß die Politik der Dreiundzwanzig machen, die bisher vom Parteivorstand gedeckt wurde und auch weiter unterstützt wird. Kein sozialdemokratischer Arbeiter wird daran glauben, daß der Parteivorstand, die bisher mit seinem Einverständnis handelnden Dreiundzwanzig nun könnte fallen lassen. Der Parteivorstand sucht nur einen Weg, die „Linken“ klein zu bekommen ohne die Anhänger zu verlieren. Der Anfang ist gemacht, die Fortsetzung wird folgen. Die Arbeiter aber wissen, die Minderheit wie die Mehrheit der Fraktion der SPD. gehen mit der Reaktion gegen die Arbeiter.

Die Arbeiter aber können nicht im Lager des Bürgerstums marschieren. Die Minderheit der Fraktion führt den Kampf um die Futtertrappe. Der größte Schmerz, der ihr zugesügt wurde, war die Entlassung Edels aus der Staatszelle.

Das ist der Hauptkampf der SPD. Minister, Amtshauptleute, Schulmeister und Schulräte führen einen Kampf um ihren Hals. Da sind bei den Rechten, ein Amtshauptmann, ein Polizeipräsident, ein Direktor eines Reichlichen Bezirkes, ein Regierungsrat, vier Minister, ein „Linker“ als Lehrer, ein Direktor, ein Schulrat. Die geradezu lächerliche Haltung dieses letzteren bei einem Disziplinarverfahren ist zur Genüge bekannt. So kämpfen sie um ihre Stellen. Sie alle, „Linke“ wie Rechte, sind inter-

## „Rechter“ Jubel über „linke“ Feigheit

Während bisher die „linke“ Sozialdemokratie die Parteiübergangsbewegung dadurch für sich zu beeinflussen suchte, daß sie die „ausgeschlossenen 23“ als „Prinzipalpolitiker“ stempelte, nimmt sie die reformistische Gewerkschaftsbureaufraße erneut offen Stellung für die 23. Sie merkt dabei die gleichen Methoden an wie bisher die Linke.

So läßt der Vorsitzende des Legitarbeiter-Berndes, Hermann Jädel, im offiziellen Verbandsorgan in Form einer „Klausur“ sehr scharf gegen die lächerlichen Linken:

„Die Massen, mit denen seit langem in der einseitig ruhenden lächerlichen Arbeiterbewegung gekämpft wird, sind verzweifelt. Verzweifelt ist das ganze Ringen der Proletariat um den Sieg der Erneuerung. Es wurde vergiftet, weil einfach nicht mehr die Sache und nur die Sache das heilige Wort des Soldaten und des Kampfes war, sondern das unheilvolle Wort des perfidenen Spiegels und perfidenen Strebens.“

„In einer anderen Stelle wird er noch deutlicher und scharf sozialdemokratischen Arbeiter auf:

„Verzweifelt auch und geht bis von euch, die nicht leben können ohne Wutkampf.“

„Es wäre ein Irrtum, wenn angenommen würde, daß diejenigen, welche Intransigenz und Pöbel beherrschten (die lächerliche Linke) eine „einheitliche Masse“ seien. Das gewissenlos heuchlerische Treiben einer kleinen Clique wird abgewiesen von weiten Kreisen und wird die Auflehnung nur hinausgehalten durch die gemeinsame Front gegen die „verhassten 23“.“

Solche Sätze sind natürlich der freche und begründete Jubel über die Feigheit und Erbärmlichkeit der „Linken“ Führer. Die „Leipziger Volkszeitung“, die am 11. Juli als einzige der „linken“ Parteizeitungen zum Sachsentstand Stellung nimmt, will es annehmend mit der Gewerkschaftsbureaufraße nicht verderben. Sie geht sehr zahm auf den Artikel Jädels ein und stellt der Parole Jädel: Seid einig! die Parole: Seid wasiam! (?) gegenüber.

Gest in der geranten sozialdemokratischen Presse Schweigen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen beruhigt werden durch die neuesten Forderungen des kommunistischen Parteitag. Dadurch ist erneut festgestellt, daß sämtliche „linken“ Führer die Austragung des Konfliktes umgeben möchten. Sie versuchen gemeinsam mit dem Parteivorstand den Konflikt zu begraben und machen sich ohne die Scham zu Stiefelputzen daran, die sie gekostet noch als schamlose Verräter der Arbeiterinteressen bezeichnet haben. Das ist gut so, denn dadurch „verschönen“ sie die Illusionen vieler sozialdemokratischer Arbeiter, die glauben, daß durch ihre Drohungen die SPD. wieder eine Partei der Massenkampfes werden könnte.